

NIEDERSCHRIFT GuK/0007/2016

über die Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur am 10.11.2016 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Sarah Bosse

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Peter Rose

Vertretung für Herrn
Marco Lennertz

Frau Margarete Köhler
Herr Ralf Flüchter

Vertretung für Herrn
Dr. Rolf Sommer

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Stefan Holtkamp
Frau Irmgard Ueding
Frau Bernadette Branse
Herr Patrick Dieker

Vertretung für Frau
Petra Beil

Herr Udo Wirth

Vortragende Gäste:

Frau Dr. Boland-Theißen

Musikschule Coesfeld-
Billerbeck-Rosendahl, zu
TOP 2 ö. S.

Herr Bernd Mertens

Musikschule Coesfeld-
Billerbeck-Rosendahl, zu
TOP 2 ö. S.

Frau Prof. Dr. Heike Englert
Frau Corinna Tigges
Frau Benson

FH Münster, zu TOP 3. ö. S.
FH Münster zu TOP 3. ö. S.
Kreisjugendamt Coesfeld, zu
TOP 4. ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Hubertus Messing
Herr Jürgen Maas
Herr Rolf Schmiedel
Herr Martin Struffert
Frau Birgitt Nachbar
Frau Birgit Freickmann

ab TOP 2 ö. S.

bis einschl. TOP 2 ö. S.
zu TOP 1 ö. S.

Schriftführerin

Gast:

Herr Frank Wieland

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Frau Bosse stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Bosse begrüßt die anwesenden Gäste und schlägt vor, den Vertretern der Bürgerstiftung zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt Rederecht zu erteilen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Kulturprogramm der Stadt Billerbeck für 2017

Herr Schmiedel gibt zunächst einen Rückblick auf die Veranstaltungen des auslaufenden Kulturjahres und stellt anschließend das Kulturprogramm für 2017 vor (siehe **Anlagen 1 – 3** zu dieser Niederschrift im Ratsinformationssystem). Er teilt mit, dass 2017 keine Theaterfahrten angeboten werden. Weiter weist er darauf hin, dass seit Jahren die Eintrittsgelder nicht erhöht wurden, da aber u. a. die Gagen und die Gemeindegeldern gestiegen seien, sollte über eine Erhöhung nachgedacht werden.

Dann verabschiedet sich Herr Schmiedel bei den Ausschussmitgliedern, da er zum Ende des Jahres in den Ruhestand geht. Er bedankt sich für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen und bittet dieses auch auf Herrn Maas zu übertragen, der künftig für das Kulturprogramm zuständig sein wird.

Frau Köhler zeigt sich erfreut darüber, dass wieder ein Stück in der Schule und auch wieder ein Kindertheater als Matinee angeboten wird. Auf ihre Nachfrage, warum 2017 keine Theaterfahrten stattfinden, teilt Herr Schmiedel mit, dass inzwischen auch viele Vereine Theaterfahrten anbieten und anders als früher heute auch wieder Karten zum Konzerttheater Coesfeld zu bekommen seien. Zudem sei man auf einigen Karten sitzen geblieben und viele seien nicht bereit, die zusätzlichen Buskosten zu tragen.

Der Bericht des Herrn Schmiedel wird lobend und aner kennend zur Kenntnis genommen.

2. Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl hier: Zwischenbericht

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Boland-Theißen und Herr Mertens von der Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl anwesend.

Frau Boland-Theißen knüpft an ihren Bericht aus 2014 an und informiert über den aktuellen Stand der Musikschule. Sie fasst zusammen, dass die Musikschule in diesem Jahr finanziell auf jeden Fall im Plan bleibe und auch die Belegungszahlen aufgrund der Kooperation mit Kindertageseinrichtungen und Grundschulen wieder positiv seien. Genaue Zahlen sind der **Anlage 4** zu dieser Niederschrift im Ratsinformationssystem beigefügt.

Anschließend beantworten Frau Boland-Theißen und Herr Mertens Nachfragen u. a. zum Personal, zum Unterricht und insbesondere zur Umsetzung des vom Land geförderten musikalischen Bildungsprogrammes „JeKits“ (Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen) in der Grundschule.

Der Bericht wird zustimmend und anerkennend zur Kenntnis genommen.

3. Gemeinsam Gesund -Leben in Billerbeck- hier: Vorstellung des Projektes

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Prof. Dr. Heike Englert und Frau Corinna Tigges von der FH Münster anwesend.

Frau Tigges stellt im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 5** zu dieser Niederschrift im Ratsinformationssystem) die Ziele und Inhalte, die Förderung und die Umsetzung des Projektes „Gemeinsam Gesund – Leben in Billerbeck – vor.

In der anschließenden Erörterung beantworten Frau Prof. Dr. Englert und Frau Tigges Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Herr Holtkamp weist darauf hin, dass Billerbeck Fairtrade-Stadt und außerdem Vorreiter bei den Sportabzeichen sei. Über diese Schienen könnten weitere Akteure für das Projekt gewonnen werden.

Frau Branse regt an, die Gruppe Kids mit Handicaps einzubeziehen.

Die Vorschläge werden von Frau Prof. Dr. Englert und Frau Tigges begeistert aufgenommen.

Frau Mollenhauer führt aus, dass sich das Projekt gut anhöre. In Billerbeck werde aber schon einiges angeboten. Sie wolle nicht, dass dieses Projekt in Konkurrenz zu den bestehenden Veranstaltungen trete.

Frau Prof. Dr. Englert und Frau Tigges versichern, dass das nicht gewollt sei. Vielmehr sollen die vorhandenen Angebote verbessert und gestärkt werden.

Schließlich bedankt sich die Vorsitzende Frau Bosse für den Vortrag und die Bereitschaft, Rede und Antwort zu stehen. Alle seien gespannt, wie das Projekt laufen werde und sicher auch bereit, es weiter zu unterstüt-

zen.

4. **Zwischenbericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2017/2018**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Benson vom Kreisjugendamt Coesfeld anwesend. Im Rahmen einer Power-Point-Präsentation stellt sie die Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung für das Kindergartenjahr 2017/18 vor (**Anlage 6** zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Frau Benson weist darauf hin, dass die Entwicklung der Kinderzahlen leicht nach oben gehe. Nach dem jetzigen Stand der Kinderzahlen und auf der Basis des bisherigen Anmeldeverhaltens zeichne sich ein Bedarf für 1 ½ zusätzliche Gruppen ab. Dieser Bedarf werde durch Zuzüge noch steigen.

Frau Köhler fragt nach, ob die Überbelegungen in den Gruppen weiterhin möglich seien.

Frau Benson erläutert, dass die Überbelegungen in Kauf genommen wurden, weil davon ausgegangen wurde, dass die Kinderzahlen zurückgehen. Aufgrund der rechtlich zulässigen Überbelegungen gebe es zum neuen Kindergartenjahr keinen Puffer mehr. Die Kitas seien überlastet. Zielsetzung sei, die Überbelegung sukzessive abzubauen, um wieder zu den Regelstärken zu kommen.

Frau Dirks ergänzt, dass man froh sei, dass die Kitas mit Überbelegungen gearbeitet hätten, diese aber solche Ausmaße angenommen haben, dass sie aufgrund der Belastungen für die Erzieherinnen auf Dauer nicht mehr zu verantworten seien.

Auf Nachfrage von Herrn Flüchter zum weiteren Vorgehen, berichtet Herr Struffert, dass die ersten Erkenntnisse über das Nachfrageverhalten bei dem in der kommenden Woche stattfindenden Anmeldeverfahren gewonnen würden. Danach erfolge ein Abgleichgespräch aller Einrichtungen und dann wisse man, ob zusätzlicher Bedarf bestehe oder nicht. Falls ja, müsse überlegt werden, welcher Träger eine zusätzliche Gruppe anbieten könne.

Herr Flüchter fragt nach, ob es bzgl. der Kita Kunterbunt oder der Planung des Ludgerus-Viertels etwas Neues gebe.

Herr Struffert teilt mit, dass die Kita Kunterbunt eine zusätzliche Etage dazu mieten könne und deshalb kein räumlicher Druck bestehe.

Frau Köhler begrüßt es, dass der Ausschuss frühzeitig informiert wurde. Jetzt könne man gespannt die Anmeldezahlen abwarten. Wenn zusätzliche Plätze geschaffen werden müssen, dann müsse auf jeden Fall eine langfristige Lösung gefunden werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**5. Anregung gem. § 24 GO NW vom 24.05.2016
hier: Unterstützung der Gedenkinitiative "Stolpersteine"**

Den Vertretern der Bürgerstiftung wurde zu Beginn der Sitzung Rede-recht erteilt. Herr Idelmann erläutert dem Ausschuss die Anregung der Bürgerstiftung. Dabei erinnert er an die bereits 2003 in den politischen Gremien geführte Diskussion über die Gedenkinitiative „Stolpersteine“. Damals sei entschieden worden, dass die Zeit für diese Initiative noch nicht reif sei. Heute gebe es kaum noch Zeitzeugen. Inzwischen seien rd. 50.000 „Stolpersteine“ in 20 europäischen Ländern verlegt worden. Die „Stolpersteine“ sollen nicht nur an die jüdischen Mitbürger erinnern, sondern auch an alle anderen Opfer des Nationalsozialismus. Die Bürgerstiftung sehe es als dringend geboten an, das Thema wieder aufzugreifen. Es sollte eine Abstimmung herbeigeführt werden, damit klar werde, wie sich Billerbeck zu dem Thema politisch positioniere.

Frau Mollenhauer gibt zu bedenken, dass die Stolpersteine an markanter Stelle vor 7 Privathäusern angedacht seien. Der CDU sei es wichtig, dass zunächst die heutigen Eigentümer durch die Verwaltung und nicht durch die Bürgerstiftung hierzu befragt werden. Wenn es dann positive Signale gebe, könnte in einem zweiten Schritt die Umsetzung des Projektes erfolgen.

Frau Köhler begrüßt die Initiative der Bürgerstiftung ausdrücklich. Sie wolle aber wissen, ob schon Gespräche mit den Eigentümern geführt wurden und wie die Resonanz in anderen Kommunen gewesen sei.

Daraufhin berichtet Frau Ewelt, dass die Verlegung von 19 Stolpersteinen in Darfeld einfach gewesen sei. Die jetzigen Eigentümer hätten keine Bedenken geäußert. In Billerbeck seien dagegen schon Bedenken, auch gegenüber der Bürgerstiftung vorgetragen worden.

Herr Idelmann betont, dass das Projekt insbesondere von Seiten der jetzigen Eigentümer nicht missverstanden werden dürfe. Die Diskussion müsse sich um die Verfolgten drehen und nicht um die Eigentümer der Häuser. Die jetzigen Eigentümer würden zwar im öffentlichen Raum die Stolpersteine vorfinden; aber die Erinnerungskultur an eine der düstersten Zeiten Deutschlands vom Wohlwollen der Nacherben abhängig zu machen, halte er für den falschen Ansatz.

Herr Prof. Heydemann weist darauf hin, dass es verschiedene Formen der Gedenkkultur gebe. Meistens fehle aber die Begegnung mit einem Namen. Auf den Stolpersteinen werde der Name genannt, das berühre. Es sei ein Name, verbunden mit einer Person und nicht ein anonymer Stein. Es sei notwendig, sich hierzu zu bekennen.

Frau Dirks erinnert an die Versammlung mit den Eigentümern, diese hätten sich damals die Entscheidung gegen die Verlegung von Stolperstei-

nen vor ihren Häusern nicht leicht gemacht. Deshalb sollte auch heute kein politischer Beschluss gefasst werden, ohne die Eigentümer ins Boot zu holen. Man müsse sich gemeinschaftlich des Themas annehmen, ansonsten würde sich eine Kluft ergeben und das wäre kontraproduktiv.

Herr Flüchter begrüßt die Gedenkinitiative „Stolpersteine“. Überall, wo man die Steine sehe, stolpere man darüber und das Interesse werde geweckt. Es sei gut, wenn der Akt des Gedenkens nicht nur ehem. jüdischen Mitbürgern gelte, sondern darüber hinaus allen anderen Verfolgten und Opfern, die während der NS-Zeit zu Tode gekommen sind. Das Projekt sollte umgesetzt werden, aber konsequent und überall. Dabei sollte deutlich gemacht werden, dass es nicht um einen Akt der Anklage, sondern um einen Akt des Gedenkens gehe.

Frau Branse findet es einerseits wichtig, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen, andererseits sei es aber auch wichtig, den Bürgern die Sorge zu nehmen. Es wäre nach ihrer Meinung befremdlich, wenn von einer Einzelentscheidung eines Eigentümers abhängig gemacht werde, ob Stolpersteine verlegt werden oder nicht.

Herr Dr. Knierim entgegnet, dass das Projekt bereits in zig Ländern umgesetzt wurde. Er habe viele Stolpersteine gesehen und sei mit vielen Bürgern ins Gespräch gekommen. Viele seien froh, dass sich diese Art der Gedenkkultur etabliert habe. Er wäre sehr enttäuscht, wenn hier beschlossen würde, dass alle Eigentümer zustimmen müssten und so das Projekt evtl. an ein oder zwei Eigentümern scheitern könnte.

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass es gute Gepflogenheit sei, die Bürger einzubeziehen. Das bedeute ja nicht, dass das Projekt nicht realisiert werden könne. Sie wehre sich dagegen zum heutigen Zeitpunkt schon zu sagen, dass das Projekt durchgezogen wird.

Herr Idelmann berichtet, dass die Bürgerstiftung schon vorgefühlt habe und es Eigentümer gebe, die noch Befindlichkeiten hätten. Aber am Anfang des Projektes müsse doch die politische Willensentscheidung stehen, damit das Projekt in Gang komme und die unabhängige Bürgerstiftung für das Projekt werben könne.

Frau Köhler vermisst einen Beschlussvorschlag der Verwaltung. Das Projekt sollte unbedingt durchgeführt werden. Die Stolpersteine seien überall bekannt. Sie verbinde diese auch nicht mit den Bewohnern der Häuser, sondern beschäftige sich mit den Schicksalen der Personen, die durch die Stolpersteine immer wieder ins Gedächtnis gehoben werden. Im Übrigen könnte die Bürgerstiftung sicherlich besser von Bürger zu Bürger mit den Eigentümern sprechen als die Verwaltung.

Im Laufe der Erörterung über das weitere Vorgehen geht Herr Messing davon aus, dass inzwischen allgemein ein Umdenken stattgefunden habe. Die frühere Stigmatisierung gebe es kaum noch. Verwaltung und Bürgerstiftung sollten gemeinsam versuchen, in einem Dialog mit den Hauseigentümern die Vorbehalte auszuräumen. Er sei zuversichtlich,

dass dies auch gelinge.

Herr Dr. Knierim wirft die Frage auf, was passiere, wenn es auch nach intensiven Gesprächen noch Vorbehalte gebe und diese dazu führten, dass das Projekt nach 13 Jahren immer noch nicht umgesetzt wird.

Herr Messing entgegnet, dass kein Druck aufgebaut werden sollte. Zunächst sollte die Gedenkinitiative mit den betroffenen Hauseigentümern diskutiert werden. Danach werde das Gesprächsergebnis im Ausschuss vorgestellt.

Schließlich fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Initiative der Bürgerstiftung wird begrüßt und eine Umsetzung wird gewünscht.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Bürgerstiftung Gespräche mit den betroffenen Hauseigentümern zu führen, um einen Weg für die Realisierung des Projektes zu finden.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Bericht über das Familienferienprogramm 2016

Frau Nachbar berichtet über das durchgeführte Familienferienprogramm 2016. Nähere Informationen sind der **Anlage 7** zu dieser Niederschrift (nur im Ratsinformationssystem) zu entnehmen.

Der Bericht wird anerkennend zur Kenntnis genommen.

7. Mitteilungen

7.1. Filmvorführung im Jugendzentrum - Herr Struffert/Frau Nachbar

Herr Struffert weist darauf hin, dass normalerweise an dieser Stelle ein Video über das im Sommer von den Jugendlichen organisierte Jugend-Festival gezeigt werde. Aufgrund der Erkrankung des Mitarbeiters müsse diese Präsentation heute ausfallen. Frau Nachbar ergänzt, dass am 10.12.2016 im Jugendzentrum eine Kurz-Filmpremiere stattfinden werde. Verschiedene Filme, die im laufenden Jahr im Rahmen des Kulturrucksacks gedreht wurden, sollen dann gezeigt werden, u.a. auch der Film vom BaumbergeCultureCamp und der Film von Frau Susanne Wüstneck mit den Kids mit Handicaps. Die Premiere sei mit verschiedenen, weihnachtlichen Workshops verbunden. Hierzu ergehe in Kürze eine Einladung.

8. Anfragen

8.1. Gebühr für den Aufzug - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer fragt nach, ob es richtig sei, dass außerhalb der normalen Öffnungszeiten des Rathauses bei Trauungen für den Aufzug eine Benutzungsgebühr erhoben wird.

Das wird von Herrn Messing ausdrücklich verneint.

8.2. Sirenenalarm - Herr Flüchter

Herr Flüchter führt aus, dass vor einigen Tagen gegen 18:00 Uhr die Sirenen für die Alarmierung genutzt wurden. Er fragt nach, welche Entscheidung dem zugrunde liege.

Herr Dieker teilt mit, dass die Feuerwehr zu einem Brand ausgerückt sei. Die Feuerwehrleute würden mittels Sirenen alarmiert, um möglichst viele Kameraden zu erreichen.

Herr Messing ergänzt, dass die Handynetze in einem Alarmfall häufig überlastet seien. Deshalb habe man sich mit der Feuerwehr auf eine Erüchtigung von drei Sirenenstandorten verständigt. Evtl. komme noch ein Standort in Aulendorf hinzu. An jedem ersten Samstag im Monat finde ein Probealarm statt.

8.3. Überprüfung der Fahrräder - Frau Köhler

Frau Köhler fragt nach, ob die Polizei auch in diesem Jahr wieder eine Aktion zur Überprüfung der Verkehrssicherheit der Fahrräder von Schülern durchführe.

Herr Messing teilt mit, dass die Polizei zu dieser Jahreszeit auf den Schulwegen eigentlich permanent auf die Sicherheit der Fahrräder achte.

Sarah Bosse
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin